



## Zivile Lösungen vor militärischer Logik

### Zur sicherheitspolitischen und friedenspolitischen Verantwortung Deutschlands

von Renke Brahms

*In den letzten Monaten ist viel von Deutschlands neuer Verantwortung die Rede. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 sprachen Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und der Außenminister Steinmeier in fast gleich lautender Weise von der neuen Verantwortung, die Deutschland in der Welt wahrzunehmen habe. Diese Debatte hat in friedenspolitisch engagierten Kreisen eine rege Diskussion entfaltet und sie ist es wert, beachtet zu werden.*

*Dazu gehört auch, genau hinzusehen.*

Der Bundespräsident fragt in seiner Rede, ob Deutschland seinem inzwischen gewachsenen wirtschaftlichen und politischen Gewicht entsprechend reagiert. Er weist auf die Initiativen Deutschlands hin, zum Beispiel die Entwicklungszusammenarbeit, das Engagement für eine Ressourcen schonende Zukunft, das Zusammenwachsen Europas. Wiederum später fragte er: „*Tun wir, was wir sollten, um neue oder wieder erstarkte Großmächte für eine gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigene Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der Prävention von Konflikten? Ich meine: die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen.*“ Und noch einmal später: „*Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element einer Gesamtstrategie sein. Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen. Es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen.*“<sup>1</sup>

An der Position des Bundespräsidenten gab es in den vergangenen Monaten viel Kritik. Vor allem seine Äußerungen, im äußersten Falle auch militärische Mittel einsetzen zu müssen und „zu den Waffen greifen zu müssen“, hat erheblichen Widerspruch erzeugt. Pastoren im Ruhestand aus den östlichen Bundesländern haben sich kritisch zu Wort gemeldet und dem Bundespräsidenten Verrat an den friedensethischen und friedenspolitischen Traditionen aus der Zeit der Kirche in der DDR vorgeworfen.

Ich habe sehr begrüßt, dass der Bundespräsident Prävention und internationale Zusammenarbeit betont und davor gewarnt, diese Rede von vornherein als Aufforderung zu mehr militärischem Engagement misszuverstehen. Wer allerdings

auf einer internationalen Sicherheitskonferenz die Ursachen von Konflikten und Kriegen nicht benennt und mehr militärischen Einsatz im Notfall befürwortet, läuft Gefahr, dass am Ende wieder Milliarden und Billionen für die Aufrüstung im Haushalt stehen. Sie werden für Waffen ausgegeben, statt präventive, entwicklungspolitische Maßnahmen und Instrumente der zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu fördern.

Ich begrüße grundsätzlich eine Diskussion über die veränderte Rolle Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft sehr. Es ist richtig, nach den Erfahrungen militärischer Interventionen und nach den mindestens zwiespältigen Erfahrungen der Bundeswehr und der deutschen Politik in Afghanistan eine Debatte darüber zu führen, wie sich die deutsche Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik in der Zukunft entwickelt. Die Frage ist allerdings, wie sich diese Politik entwickelt und von welchen Grundlinien sie bestimmt wird.

Wir haben uns im Jahr 2014 an den Beginn des ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, den Beginn des zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und den Mauerfall und die friedliche Revolution vor 25 Jahren erinnert: Zwei Weltkriege, in die Deutschland schuldhaft verstrickt war und in denen Deutschland große Schuld auf sich geladen hat und eine friedliche Revolution, die ein großes Geschenk für unser Land ist. Diese besonderen Daten und die damit verbundenen Erfahrungen prägen auch

## nachgedacht Was heißt hier eigentlich Verantwortung?

Kaum ein Diskurs über Krieg und Frieden kommt ohne das Wort Verantwortung aus – schon gar kein protestantischer. Aber was heißt das konkret für uns Christ(inn)en in Deutschland? Bundespräsident Gauck forderte im Dreiklang mit Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier, Deutschland müsse mehr internationale Verantwortung übernehmen. Die internationale Politik beruft sich bei militärischen Interventionen auf eine „Responsibility to Protect“, eine Schutzverantwortung. Und der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Schneider schrieb, es sei Teil der öffentlichen Verantwortung der Kirche, Stellung zu bewaffneten Konflikten zu beziehen. Wie aber füllen wir diese Verantwortung aus? Grundlage für viele solcher Stellungnahmen ist die „Friedensdenkschrift“ des Rates der EKD von 2007. Trotz aller Differenzierung macht sie es möglich, militärisches Eingreifen als *Ultima Ratio* zu rechtfertigen.

Denke ich an Leben und Sterben Jesu, komme ich ins Grübeln. Ist es wirklich unsere Verantwortung als Kirche Christi, der Politik auf diese Weise bei Entscheidungen zu helfen? Daumen hoch, Daumen runter? Die Verantwortungsethik geht davon aus, dass eine Handlung an ihren Konsequenzen zu messen ist. Wie aber wollen wir die komplexen Folgen von Waffenlieferungen in den Nordirak oder eines Krieges wie dem in Afghanistan abschätzen? Auf manche Fragen gibt es (zumindest auf dieser Welt) keine Antworten. Verantwortung – könnte für uns das dann nicht heißen, dass wir darauf verzichten, vermeintlich klare, wohl-abgewogene Antworten zu geben, sondern dass wir diejenigen sind, die sich trauen, lautstark zu zweifeln, vorherrschende Eindeutigkeiten zu hinterfragen und konsequent zu widersprechen?



Ingo Dachwitz

<sup>1</sup> [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html)



die besondere Verantwortung Deutschlands. Millionen von Toten in den beiden Weltkriegen und eine Wiedervereinigung ohne jeglichen Toten beschreiben eine besondere Verantwortung Deutschlands.

Deshalb warne ich davor, den Verantwortungsbegriff in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik nun wieder einseitig mit einer militärischen Logik zu füllen. Die Geschichte warnt uns davor, wieder einer militärischen Logik zu verfallen. Angesichts aktueller Konflikte scheint diese Gefahr allerdings wieder realistisch. Es wird über mehr Ausgaben für die Bundeswehr und die Aufrüstung geredet, über eine neue Strategie der NATO und schnelle Verlegung von schnellen Eingreiftruppen – sogar eine atomare Aufrüstung zeichnet sich ab. Das wird Milliarden und Billionen kosten, die für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Hunger und eine zivile Konfliktbearbeitung fehlen werden.

Was aber ist zu tun? Wie sieht eine Ethik und eine Politik der Verantwortung aus, die sich aus den geschichtlichen Erfahrungen und einem Leitbild des Gerechten Friedens speist?

### Drei Aspekte möchte ich nennen:

#### 1. „Dass Gerechtigkeit und Frieden sich küssen!“

so heißt es im Buch der Psalmen. Bekannt ist der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit. Er ergibt sich aus allen Erfahrungen, Forschungen und auch aus einem Leitbild des Gerechten Friedens. Die Ursachen von Konflikten und Kriegen – auch innerstaatlichen – sind oft ungerechte Verhältnisse, Armut und Hunger – oder ungerechte Verteilung der Zugänge zu Ressourcen. Auch ethnische oder religiös motivierte Konflikte haben darin oft ihre Wurzel.

Noch immer sind die sogenannten Millenniumsziele der internationalen Gemeinschaft, u. a. die Halbierung der Zahl der Hungernden auf der Erde, nicht erreicht. Die Verpflichtung der Bundesrepublik und anderer Länder, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, wird bis 2015 nicht erreicht werden. 2013 waren es gerade einmal 0,38 Prozent. Diese Zahlen machen deutlich, wie groß die Herausforderungen sind, die Anstrengungen sein müssen und wie verheerend eine neue Aufrüstungsspirale wäre. Sie würde die Ursachen verschlimmern und damit die Konflikte eher eskalieren lassen.

#### 2. Stärkung der internationalen Rechts- und Friedensordnung

Die Erfahrungen der beiden Weltkriege haben nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Etablierung einer Weltfriedensordnung durch die UNO geführt. Das war und ist eine große

Errungenschaft. Ich wünsche mir und erwarte von einer außen- und sicherheitspolitischen Debatte über die zukünftige Rolle Deutschlands vor allem eine Debatte darüber, wie wir die internationale Rechtsordnung stärken können. Alle Erfahrungen der vergangenen Jahre machen deutlich, dass die UNO weiterentwickelt und gestärkt werden muss. Dabei geht es auch um finanzielle Ausstattung der UNO. Kein Land und keine „Koalition der Willigen“ kann in Zukunft irgendwelche Konflikte allein lösen.

Es ist ausgesprochen bedauerlich, dass die UNO im aktuellen Konflikt im Irak so gut wie keine Rolle spielt. Die Mächte im Sicherheitsrat blockieren sich, die USA handeln mit Luftschlägen, eine Koalition von 60 Staaten agiert ohne UN Mandat. Auf Dauer schwächt ein solches Vorgehen die internationale Gemeinschaft. Die westlichen größeren Mächte ziehen sich seit Jahren aus den Blauhelmtropfen zurück, stellen immer weniger Truppen zu Gunsten eigener militärischer Einsätze und überlassen diese Aufgabe Ländern, deren Soldaten oft weniger gut ausgebildet sind.

Hilfreich und notwendig ist hier die Diskussion über internationale Polizeikräfte im Sinne eines just policing, also einer nicht von vornherein militärischer Logik unterliegender Kräfte, die die Wahrung und die Durchsetzung von Recht gewährleisten können. Auf Europa bezogen hat die OSZE über viele Jahre kaum eine Rolle gespielt und rückte nun im Zusammenhang der Ukraine-Krise wieder in den Blickpunkt. Auch diese zivile, europäische Organisation ist zu stärken.

#### 3. Stärkung der Krisenprävention und der zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung

Ich wünsche mir und erwarte von einer außen- sicherheits- und friedenspolitischen Debatte über die Verantwortung Deutschlands eine viel größere Aufmerksamkeit für die Prävention und die Instrumente einer zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Mit dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2004 und seiner Weiterentwicklung hat die Bundesregierung ein ressortübergreifendes Instrument dafür geschaffen. Leider erscheint er viel zu wenig in der Öffentlichkeit, genießt auch zu wenig Aufmerksamkeit in der politischen Landschaft und wird finanziell zu gering ausgestattet.

Über den Aktionsplan heißt es auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes: „Der Aktionsplan ist als ein Pro-

gramm zu verstehen, in dem sich die Bundesregierung zu einer ambitionierten Politik der Krisenprävention verpflichtet. Zugleich erkennt der Aktionsplan die besondere Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Krisenprävention an.“<sup>2</sup>

Umgesetzt werden diese ambitionierten Ziele u. a. durch zwei Organisationen, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und den Zivilen Friedensdienst (ZFD), in dem unterschiedliche – auch kirchliche – Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten.

Es geht dabei um die Vermittlung von zivilen Expertinnen und Experten in Missionen von OSZE, EU oder UN, um ein reichhaltiges Instrumentarium, mit dem auf Krisensituationen reagiert werden kann – sowohl präventiv, als auch in eskalierenden Konfliktsituationen und in Postkonfliktsituationen, in Differenzen zwischen Personen und Personengruppen, in strukturellen Konflikten und internationalen Krisen.

Von der differenzierten Situationsanalyse über Mediation und Dialog, Bildungsarbeit, Friedensjournalismus, Reintegration von Flüchtlingen, interkultureller und interreligiöser Arbeit bis zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Gruppen und Advocacyarbeit reichen die Instrumente – immer sorgfältig angepasst an die je verschiedenen Situationen und Notwendigkeiten.

Über das ZIF heißt es in einer Selbstdarstellung: „Deutschland verfügt als Zivilmacht über viele im Kontext dieser Herausforderungen relevante und leistungsfähige Institutionen und Instrumente. Jedoch werden deren Potenziale noch nicht immer adäquat genutzt. Um das zivile Krisenmanagement zu stärken, müssen entsprechende Ressourcen bereitgestellt und das Ungleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Akteuren in Richtung ziviler Expertise verschoben werden.“<sup>3</sup>

Noch immer klafft ein erheblicher Unterschied zwischen 32 Milliarden Euro für die Verteidigung, den ca. 10 Milliarden für die Entwicklungshilfe und z. B. den ca. 34 Millionen Euro für den Zivilen Friedensdienst.

Zur Stärkung der zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung gehört auch die Bereitstellung ziviler Kräfte und ein offensives Werben für die Aufgabe der Friedensfachkräfte. Die Bundeswehr ist bekannt. Ich habe den Traum, dass in zehn Jahren das ZIF oder der ZFD oder ähnliche Organisationen genauso oder besser finanziell ausgestattet und bekannt sind und somit eine außenpolitische und friedenspolitische Verantwortung Deutschlands unter dem tatsächlichen Vorrang des Zivilen umgesetzt wird.



Renke Brahm  
ist Schriftführer der Bremischen  
Evangelischen Kirche und  
Friedensbeauftragter der  
Evangelischen Kirche in Deutschland

<sup>2</sup> [www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan_node.html)

<sup>3</sup> [www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan_node.html)



## Der Krieg ist überall ...

... die Krisenkarte umspannt den Globus. Und selbst an den Grenzen der Europäischen Union scheint sich das Modell gewaltsamer Lösung von Konflikten wieder einzunisten. Kofi Annan, der vormalige UN-Generalsekretär resümiert dies mit resignativem Unterton in einem Interview über seine vielen Vermittlungsinitiativen bis in die jüngste Zeit. Es ist wie ein Erwachen nach traumreichen Schlaf, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Die wache Realität ist der eigentliche Alptraum – die süßen

Träume von einer unbegrenzten Zeit des Friedens nach dem Ende des Kalten Krieges zerplatzen wie Luftblasen.

Krieg als erfolgversprechende Option zur Durchsetzung eigener Interessen ist en vogue. Bashar Assad schießt für den Machterhalt seit Jahren die syrische Bevölkerung zusammen, der IS überzieht den Nahen Osten mit Gewalt und Tod als Alternative zum westlichen „way of life“, Rebellen lassen immer mehr afrikanische Staaten im Chaos versinken, die Drogenmafia ersetzt in Südamerika mit Brutalität Rechtsstaatlichkeit und killt systematisch demokratische Lebensweisen. Hatte es Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 an der Dresdner Frauenkirche nicht auf den Punkt gebracht: Nichts ist gut (in Afghanistan) trotz großer militärischer Kraftanstrengungen? Dafür wurde sie in der Öffentlichkeit heftig attackiert ...

Vor 100 Jahren hat die unter den politischen Verantwortlichen Europas verbreitete Überzeugung, eine militärische Durchsetzung der eigenen Interessen gehöre zum zielführenden Handwerkszeug der Diplomatie, zu einem Weltbrand ungeahntem Ausmaßes geführt. Statt bis Weihnachten 1914 die geopolitische Ernte einfahren zu können, wurde auf einer langen Spur von Tod und Zerstörung die gesamte damalige – europäische – Ordnung von der Bildfläche gefegt. Die Spätfolgen sind bis heute virulent und zwingen zur Bearbeitung (Stichworte: Balkan, Naher Osten). Es fällt sehr schwer, eingestehen zu müssen, dass sich Denk- und Handlungsweisen im 21. Jahrhundert noch immer nicht wesentlich verändert haben – „Lernen aus der Geschichte“ bleibt bisher eine hohle Phrase in Schönwetterzeiten. Die Ukraine ist das jüngste Beispiel: eine

Verkettung von fehlenden Kompetenzen zur frühzeitigen konstruktiven Bewältigung von Konflikten, unzureichender ziviler Diplomatie und gewaltgestützten Handlungsstrategien in einer mit Waffen reichlich ausgestatteten Welt. Der Ruf nach noch mehr Waffen ist nachgerade widersinnig aber nicht tot zu kriegen, wie sich jetzt wieder zeigt. Die Hybris des ukrainischen Präsidenten verkennt vollkommen, welche gewaltige Militärmaschinerie ihm gegenübersteht. Ein Beschluss, die Ukraine mit westlichen Waffen weiter aufzurüsten würde sie binnen weniger Tage als eigenständiges Gebilde hinwegfegen – bestenfalls mit großen Zerstörungen und vielen Toten in der Zivilbevölkerung der Region, schlechtesten Falls mit einem Flächenbrand von Moskau bis zum Atlantik.

Christlich-pazifistische Hirngespinnste? Keiner der Akteure am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte eine Vorstellung davon, welche Kräfte mit ihren Entscheidungen entfesselt würden. Niemand erwartete nach Ende des Kalten Krieges, dass die neue Freiheit in der Balkanregion in mörderische Kriege münden würde. Deshalb ist größte Vorsicht angebracht bei der Wahl von Konfliktbewältigungsstrategien, sind Konfliktpartner frühzeitig zu begleiten, sind Moratorien zu erzwingen, wenn schon mit Waffen gezündelt wird, ggf. durch die Weltgemeinschaft, die Gebiete sichert, die Konfliktparteien trennt, die Pufferzonen einrichtet.

Die eindeutige Haltung der Bundeskanzlerin und das umsichtige Handeln der Bundesregierung ist im Ukraine Konflikt deshalb ein hohes Gut. Es verweist darauf, dass Deutschland den unfreiwilligen Wandel im Denken weitgehend vollzogen und die eindeutigen Auflagen der Westalliierten nach der Ermordung von Millionen und der weitflächigen Zerstörung Europas mit Überzeugung ins Handeln umgesetzt hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland eine zivilgesellschaftliche Organisation verordnet, die Westalliierten kontrollierten diesen Umbau genau und wirkten einschneidend auf alle Entwicklungen ein, wenn am westdeutschen Horizont Großmachtfantasien aufflackerten. Eine Parlamentsarmee mit Westeinbindung ja – aber keine Atombewaffnung, auch wenn die Denkschule altpreußischer Offiziere in Politik und bei der Bundeswehr dies als notwendig erachtete. Deutschlands Weg wurde deshalb ein anderer – auch

## Klare Worte für den Frieden

Die 125. aej-Mitgliederversammlung bezieht deutlich Position für eine friedensethische Praxis

Nachdem die Evangelische Jugend auf ihrer 123. aej-Mitgliederversammlung die Frage des friedenspolitischen Engagements als Schwerpunktthema auf ihre Tagesordnung setzte, positioniert sie sich im Herbst erneut und deutlich für Frieden und zivile Konfliktlösung. In drei Beschlüssen findet die 125. aej-Mitgliederversammlung (MV) dafür klare Worte:

Mit den „Orientierungen für eine friedensethische Praxis“ verabschiedet die MV ein umfangreiches Diskussions- und Positionspapier, das eine Expert(inn)engruppe in einem zweijährigen Prozess erarbeitet hat. Die lange Arbeitsphase zeigt, dass es alles andere als einfach ist, sich in einer komplex gewordenen Welt zu orientieren, zu positionieren und Verantwortung für den Frieden zu übernehmen. Die friedensethischen Orientierungen wollen die Rat- und Sprachlosigkeit angesichts zunehmender internationaler Konflikte und der Rolle Deutschlands überwinden. Wer Argumente sucht, findet hier einen Überblick über aktuelle Diskussionen und Positionen.



Eine klare Absage an militärische Konfliktlösung erteilt das höchste Gremium der Evangelischen Jugend in seinem zweiten Beschluss. Unter dem Motto „Mit Frieden ernst machen – zivile Konfliktbearbeitung stärken“, unmissverständlich werden die politischen Verantwortungsträger in Deutschland aufgefordert, die deutsche Außenpolitik unter der Prämisse der Gewaltfreiheit weiterzuentwickeln. Langfristige Strategien der Prävention, Verständigung und Krisenvermeidung seien auszubauen und der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ müsse bekannt gemacht und vor allem realisiert werden.

Konkret meldet sich die MV mit 17 Thesen zum Thema Friedenspolitik zu Wort. „Mut aufbringen – Frieden stiften“: unter diesem Stichwort macht sich die MV die von der Evangelischen Jugend der Pfalz erarbeiteten Thesen zu eigen und ermutigt zur Diskussion und praktischen Umsetzung der darin geforderten Schritte. Darin sieht die MV nicht zuletzt einen handlungsleitenden Beitrag auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017.



Dr. Veit Laser  
ist aej-Referent für entwicklungs-  
politische Bildung

## Die Thesen (gekürzte Fassung)

### Friedenspolitik ...

1. ... bedeutet für uns Prävention vor Intervention, militärische Konfliktlösungsversuche führen langfristig nicht zu Lösungen.
2. ... bedeutet für uns globale Abrüstung und eine deutlich stärkere Kontrolle von Waffenexporten.
3. ... bedeutet für uns, nachzudenken und zu debattieren, ob es eine christlich begründete Ethik rechtserhaltender Gewalt geben kann
4. ... ist Friedensbildung und fängt schon im Kindesalter an.
5. ... bedeutet für uns, aus der Geschichte zu lernen.
6. ... bedeutet für uns, klare Position gegen menschenverachtendes Verhalten, wie zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zu zeigen.
7. ... sieht keine einseitig werbenden Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen vor.
8. ... zeigt sich in einer solidarischen Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und in der EU, die geprägt sein muss von einer Willkommenshaltung und Bildungschancen für alle.
9. ... bedeutet für uns Versöhnung.
10. ... bedeutet für uns die Anerkennung der Vielfalt der Kulturen und Religionen.
11. ... bedeutet für uns die Achtung der Menschenrechte, insbesondere fordern wir eine vollständige Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen.
12. ... vereint für uns Dialog und Transparenz.
13. ... drückt sich aus in einer Gesellschaft, in der es sozial gerecht zugeht.
14. ... zeigt sich in einer demokratischen Gesellschaft, in der Verantwortung geteilt und wahrgenommen wird.
15. ... ist wirksam, wenn kein Mensch hungern muss und alle Kinder spielen können.
16. ... bedeutet für uns eine Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Menschen im Sinne von Art. 3 GG, ungeachtet ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identitäten.
17. ... bedeutet für uns, die Schöpfung zu bewahren.

Wir lassen uns in unseren Thesen vom christlichen Menschenbild leiten. Wir hören auf die Worte Jesu aus dem Johannes-Evangelium (Joh. 14, 27) „Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht“. Geleitet vom Bild der Kinder der Freiheit und den Worten der Bergpredigt „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Mt. 5, 9) ermutigen uns diese Thesen für den Frieden Gottes in dieser Welt einzutreten.

Alle Beschlüsse der 125. aej-Mitgliederversammlung und die 17 Thesen in ihrer ausführlichen Version sind im Evangelischen Infoportal zu finden ([www.evangelisches-infoportal.de](http://www.evangelisches-infoportal.de))

einzigartig in Europa: Dieses 80 Millionen Menschen starke Kraftzentrum in der Mitte Europas steht zwischenzeitlich für eine zivilgesellschaftliche Organisation der Gesellschaft, die einem demokratischen Leben angemessen sind und die Grundlage für eine zivile, menschenrechtsbasierte und auf Versöhnung setzende Weltgemeinschaft ist.

Widersinniger Weise sind es gerade die Kräfte, die Deutschland gebändigt haben, die ihm nun Verantwortungsverweigerung und „altes Denken“ unterstellen – George W. Bush sprach vom „alten Europa“, als Altbundeskanzler Schröder eine Beteiligung Deutschlands am unsinnigen Irakkrieg brüsk zurückwies. Bundeskanzlerin Merkel musste sich jüngst auf der Münchner Sicherheitskonferenz ähnliches von US-amerikanischen Senatoren anhören. Diese Kritik und der Hohn von westlichen Partnermächten braucht Standvermögen und entlarvt vormoderne Politikkonzepte, die die Welt massiv gefährden. Deutschland ist in Europa und in der Weltgemeinschaft auf dem richtigen Weg und ein kraftvoller Mahner, wenn es um Frieden und den Erhalt der Schöpfung geht.

Es reicht natürlich nicht sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen, zumal sie ja selbst mühsam gegen den Widerstand alter Eliten gewachsen sind. Die Frage nach der Rüstungsproduktion drängt sich dabei besonders aus. Es ist zwar ein sichtbarer Erfolg des derzeitigen Wirtschaftsministers, die Waffenlieferungen deutlicher begrenzt zu haben als seine wirtschaftsliberalen Vorgänger – der entscheidende Schritt fehlt noch – gegen die Waffenindustrie und die Gewerkschaften: es gibt keine Alternative zum – schnellen – Ausstieg aus der Produktion von Kriegsgüter, ähnlich wie es keine Alternative zum Ausstieg aus der Stromerzeugung mit fossilen Brennstoffen gibt. Dieser zeigt Erfolg, da Deutschland mit dieser Transformation weit vorne liegt und technologisch zum Marktführer geworden ist.

Ein weiterer überfälliger und konsequenter Schritt ist, sich von der militärischen Option zu verabschieden und damit endgültig im 21. Jahrhundert anzukommen. Armeen sind Ausdruck und Instrument einer vergangen Welt. Notwendig sind heute Kompetenzen einer konstruktiven Konfliktbewältigung, Konzepte für frühzeitige Krisenprävention und eine Infrastruktur kompe-

tenter Fachkräfte. Dieser Sektor ist bei allen Leistungen der Engagierten noch völlig unzureichend ausgebaut. Auch der Bundespräsident hat dies nun erkannt und zu einem Expertengespräch ins Schloss Bellevue eingeladen. Der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm sprach in einem bildhaften Vergleich zur deutschen Armee von einem notwendigen „stehenden Heer“ von Friedensfachleuten – ich finde dies eine gute Beschreibung. Das erfordert einen angemessenen Umbau – weg von Armeeeinheiten hin zu zivilgesellschaftlich getragenen Einsatzkräften. Der Wehretat geht dann über in einen Etat für zivile Krisenpräventionskräfte und Aufbauhelfer(innen). Deutschland steht im Angesicht seiner Geschichte in der Verantwortung, jedwede Form von Militarismus zu überwinden. Jetzt wird es Zeit, konkrete Schritte zu gehen. Dereinst soll es heißen, Ursula von der Leyen war die erste Frau an der Spitze der Bundeswehr und die letzte Verteidigungsministerin. Das wäre wirkliche Innovation.

Bleibe noch zu sagen: natürlich sind auch zukünftig bewaffnete Kriseninterventionskräfte notwendig zum Schutz der Präventions- und Friedenskräfte oder als Voraussetzung, damit diese überhaupt tätig werden können. Jedoch nicht als nationale Armeen sondern als supranationale Einsatzkräfte unter Führung der UN, ggf. regionalisiert bei der EU. Deutschlands Verantwortung dabei läge nicht in der Entsendung von Frauen und Männern für solche militär-polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen des UN-Konzepts „Responsibility to Protect“, sondern im Einsatz von zivilen Fachkräften für Krisenprävention und zum Auf- und Ausbau ziviler Strukturen in Krisengebieten – Responsibility for Peace!

Die Evangelische Jugend tut gut daran, junge Menschen für diese Perspektiven zu gewinnen. Die weite Medienlandschaft leistet dazu kaum einen Beitrag.

Ihr/Euer

Mike Corsa

## Vernunft, Vision und die christlichen Differenzen

„An das Gute im Menschen glaube ich nicht mehr“. „Manchmal wünschte ich mir, dass ich hätte beten können“.

Zwei Sätze, die mich kürzlich sehr berührt haben. Sie stammen von zwei Berichterstatte(r)innen aus Krisengebieten, manchmal auch Kriegsreporter genannt.

An „das Gute im Menschen“ als eine Art Wesenskern glaube ich auch nicht. Und ich verstehe, dass Menschen, die die Unsäglichkeit und Unfassbarkeit von Gewalt und Tod unmittelbar erleben und nicht nur medial vermittelt aus der Ferne wie eine Art Spielfilm zur Kenntnis nehmen, den Glauben an „das Gute“ verlieren. Genauso wenig glaube ich allerdings an einen bösen Wesenskern des Menschen. Menschen haben ganz offensichtlich das Potenzial zum Guten und zum Bösen; sie sind einerseits friedensfähig und andererseits fähig zu Aggression und Gewalt.

Frieden ist zunächst eine Sache menschlicher Vernunft. Allerdings könnte es auch Logiken geben, die aus bestimmten Interessenlagen heraus Krieg für vernünftig halten. Gemeint ist hier aber die menschliche Vernunft, die – gut kantianisch – den Menschen, sein (gutes) Leben und seine Freiheit zum Zweck hat, und zwar das Leben aller Menschen.

Glaube und Theologie haben ihren eigenen Beitrag zur (friedens-)ethischen Debatte zu leisten. Sie gehen nicht in Vernunftlogik auf. Christ(inn)en sind darum nicht qua Amt die besseren oder bisweilen auch dilettantischeren Friedensforscher und reduplizieren nicht einfach den Alltag politischer Debatten. Christliche Friedensethik als christliche lebt aus einer spezifischen Differenz und mit kreativem Eigen-Sinn gegenüber anderen Logiken – gewiss ohne dabei unvernünftig zu werden. Sie bringt – das beschreiben die „Orientierungen für eine friedensethische Praxis“ der Evangelischen Jugend – einen spezifischen Mehrwert ins Spiel und damit ihre biblisch und geistlich geprägte Rationalität: Sie weiß um die Zerrissenheit des Menschen zwischen Gut und Böse und damit um die Macht der „Sünde“ – sie kennt aber eben auch die Kraft der Vergebung und die fürsorgende Macht Gottes, die mächtiger sein will, als alle destruktiven Mächte dieser Welt. Vor allem: Sie kennt die Friedensvisionen“ der Heiligen Schrift, die eine ganz andere Perspektive in die friedensethischen Debatten bringen. Die Ansage und die Verheißung des „Friedensreiches Gottes“ mögen utopisch klingen, aber sie setzen einen Friedensprozess in Gang – zumindest bei denen, die sich der Logik bestimmter Sachzwänge nicht beugen, sondern „verrückt“ genug sind, dieser Verheißung zu trauen und sich auf ihre Handlungswege zu begeben. Utopie heißt schlichtweg: „Noch-nicht-Ort“. Aber es gibt Wege dorthin. Gut, dass wir auch beten können.



Michael Freitag  
ist aej-Referent für Theologie,  
Bildung und Jugendsoziologie

## Schwerpunktthema: Internationale Verantwortung

### Weil's Menschenrecht ist

Perspektiven für globale Gerechtigkeit, Frieden und menschenwürdiges Leben



**In Sachen globale Herausforderungen, Entwicklungspolitik und Gerechtigkeit ist das Jahr 2015 ein Meilenstein. 2001 wurden die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) für 2015 vereinbart, um weltweite Herausforderungen anzunehmen und die Ursachen von Ungerechtigkeit, von Unfrieden, Konflikten und Kriege zu beseitigen. Das von der EU für 2015 ausgerufene Jahr für Entwicklung (EYD) setzt einen ähnlichen Fokus. Seit Beginn des Jahres werden ebenfalls Nationale Aktionspläne entwickelt, um die Menschenrechte und den globalen Umweltschutz zu stärken und die UN-Leitprinzipien für „Wirtschaft und Menschenrechte“ konkret umzusetzen. Auf der politischen Bühne werden Visionen entwickelt, um zwischenstaatliche Verhandlungsprozesse zur Post-2015-Agenda anzubringen. Der Bericht des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon „A life of dignity for all“ (Ein Leben in Würde für alle/2014) soll besonders 2015 Neues initiieren. Doch nicht erst mit der Diskussion um neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (sustainable development goals, SDGs) und über eine Post-2015-Entwicklungsagenda wird deutlich, viele globale Herausforderungen bestehen weiter oder haben sich zum Teil verschärft.**

Weltweit hungern Menschen oder leiden unter Mangelernährung. In der globalen Wertschöpfung werden Löhne gezahlt, die dazu führen, dass Arbeitende in der Textilindustrie in Kambodscha infolge der Belastungen massenweise in Ohnmacht fallen. Um Kosten zu sparen, werden einfache Sicherheits- und Gesundheitsstandards ignoriert. Eine Folge: Menschen werden unter einstürzenden Fabrikhallen begraben. Die Kluft zwischen arm und reich wächst. Millionen Menschen sind unmittelbarer Gewalt ausgesetzt, ohne soziale Sicherung,

medizinische Grundversorgung geschweige denn Zugang zu sauberem Trinkwasser. Der Klimawandel verschärft die Umweltprobleme, Flüchtlingsströme nehmen zu.

Mit den MDGs sind die globalen Herausforderungen verstärkt ins Zentrum der politischen Handlungsnotwendigkeit gerückt. Nachhaltiges Wirtschaften, das die Bezeichnung verdient, die Reduzierung von Armut und die Schaffung von menschenwürdiger sind notwendiger denn je.

#### Konkrete Maßnahmen statt Lippenbekenntnisse

Der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegung, die sich in politischen Kampagnen mit den Partnern im Globalen Süden solidarisiert, ist eins klar: Es braucht verbindliche Verpflichtungen sowie klare Regeln und keine weiteren Lippenbekenntnisse. Politischer Wille und entschiedenes Handeln sind zur Erreichung von globaler Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz notwendig.

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag betonen besonders im Jahr der G7-Präsidentschaft 2015 die Bedeutung von öko-sozialen Standards in der globalen Wertschöpfungskette, die Umsetzung der UN-Leitlinien für „Menschenrechte und Wirtschaft“ und die Erarbeitung einer globalen Nachhaltigkeitsagenda voranzutreiben, doch diese Erklärungen werden daran gemessen, ob ergriffene Maßnahmen wirklich dazu beitragen Ungerechtigkeit und Armut zu reduzieren bzw. den Klimakollaps aufzuhalten. Ein kohärentes politisches Handeln ist notwendig, das einseitiger Fixierung Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung entgegenwirkt und die soziale und ökologische Transformation der Gesellschaft wie des Welthandels voranbringt. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit anderen Regierungen die politischen Rahmenbedingungen schaffen, damit Unternehmen durch strukturelle Veränderungen zu einem Leben in Würde, globaler Gerechtigkeit, Frieden sowie Klima- und Umweltschutz beitragen. Es geht darum, Mensch und Umwelt gegen die Übergriffe durch Unternehmen zu schützen und (globalen) Opfern von Unrecht recht zu schaffen. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind konsequent umzusetzen, die einzelnen Staaten sind aufgefordert, mit nationalen Aktionsplänen den Staat und die Unternehmen zum Schutz von Menschenrechten wie er Umwelt zu verpflichten.

Die Europäische Kommission hat eine „neue EU-Strategie für die soziale Verantwortung von Unternehmen“ veröffentlicht, darin werden die UN-Leitprinzipien aufgegriffen und die Verantwortung „von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ klar benannt. Die Umsetzung beinhaltet eine „intelligente Kombination aus freiwilligen Maßnahmen und nötigenfalls ergänzenden Vorschriften“. Wesentliche Elemente sind Transparenz und Rechenschaftspflicht von Unternehmen. Das heißt, die Beweislast wird umgekehrt, Unternehmen müssen der Öffentlichkeit nachweisen, dass in Sachen Menschenrechte und Umweltschutz alles in Ordnung ist. Bisher reagierten die Unternehmen erst, wenn gravierende Situationen wie der Einsturz von Textilfabriken wie in Rana Plaza, Tazreen oder Ali Enterprise bekannt werden und genügend öffentlicher Druck da ist. Durch die Umkehrung der Beweislast könnten Unternehmen eher für Verletzungen haftbar gemacht werden. Deshalb muss der Staat, in unserem Fall die Bundesregierung, weiter als freiwillige Initiativen wie das Textil-Bündnis für öko-soziale Standards in der globalen Lieferkette gehen und übergreifende, verpflichtende Ansätze etablieren. Im Rahmen des



Nationalen Aktionsplans für UN-Leitprinzipien müssen politische Initiativen gestartet werden, die zum Beispiel menschenrechtliche Standards und die tatsächliche Überprüfung der Außenwirtschaftsförderung in Investitions- und Handelsvereinbarungen auf Menschenrechtskonformität (human rights impact assessments) festlegen.

Die Politik steht klar in der Verantwortung einen stärker verpflichtenden Rahmen zu gestalten. Ebenso ist es notwendig staatlicherseits Verantwortung für die notwendige sozial-ökologische Transformation zu übernehmen. Dies bedeutet u. a.: So wie die Wirtschaft Kosten nicht auf Mensch und Umwelt, meist im globalen Süden abwälzen darf, besteht die Pflicht der Staaten darin, bis zum Jahr 2020 das Entwicklungsziel zu erreichen, nämlich 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden. Deutschland kann mit gutem Beispiel vorangehen, indem tatsächlich jährlich 1,2 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt werden sowie weitere 500 Mio. Euro für den globalen Klimaschutz. Das wären messbare Teilmaßnahmen kohärenter, neuer globaler Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele.

### Arm trotz Arbeit?

Perspektivwechsel: Die internationale Clean Clothes Campaign – Kampagne für Saubere Kleidung versucht, in einem Bereich des Welthandels Verbesserungen zu erreichen und skandalisiert Missstände mittels „Eilaktionen“ und durch strategisches Campaigning.

Die Forderung nach einem Lohn zum Leben ist immer wieder Anlass für Arbeitskämpfe. Bezogen auf die staatliche Schutzpflicht und unternehmerische Verantwortung ist der nicht gezahlte oder nicht ausreichende Lohn ein neuralgischer Punkt. Das Grundproblem: In vielen Fällen bleiben Menschen trotz Arbeit arm. Die Arbeitsbedingungen verletzen fundamentale Menschenrechte. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt die Zahl der „weltweit arbeitenden Armen“ auf 1,2 Milliarden. Und Umgekehrt: Arbeiter(innen) mit niedrigen Löhnen sind Teil der globalen Wertschöpfungsprozesse und gerade die niedrigen Löhne sind für Unternehmen ein wesentlicher Standortaspekt. Die Produktion wird dorthin verlagert, wo niedrige offizielle Mindestlöhne bestehen und internationale Sozialstandards und Arbeitsrechte mangelhaft umgesetzt werden. Weitere Menschenrechtsverletzungen, Repressionen und Anwendung von Gewalt sind die Folge. „Menschenrechtskonforme Löhne“ bzw. existenzsichernde Löhne sind deshalb die zentrale Voraussetzung für die Bekämpfung der Armut, die soziale Gestaltung der Globalisierung und ein würdiges Leben.

Regierungsinitiativen wie das Textil-Bündnis oder der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien werden an ihrer Wirkung in diesem Teilbereich zu messen sein. Denn das „Festlegen von Mindestlöhnen sollte ein wichtiges Element der Politik sein, um Armut zu überwinden und die Bedürfnisse aller Arbeiter und ihrer Familien abzusichern.“, schreibt die ILO, die im Namen der Vereinten Nationen Arbeitsstandards festlegt.

### Schluss mit den Ausreden

Soziale Mindeststandards sind Menschenrecht, denn alle Menschen haben ein Recht darauf, sich zu entwickeln und an der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Dimension von Entwicklung teilzuhaben. Die Weltgemeinschaft hat sich bereits im UN-Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) von 1966 dazu verpflichtet. Mit der 1998 ohne Gegenstimme angenommenen „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ haben die Kernarbeitsnormen der ILO den Charakter eines universellen Menschenrechts erhalten. Globalisierung und globale Produktionsketten sind jedoch von Konkurrenz um Märkte und Investoren sowie der Orientierung auf kurzfristige Wettbewerbsvorteile geprägt. Das Interesse der Aktienbesitzer wird höher bewertet als Mensch und Umwelt. Die Missachtung grundlegender Rechte und von Sozial- und Umweltstandards wird in Kauf genommen, nachhaltige Entwicklung verhindert. Jedes Entwicklungsziel und jeder Aktionsplan und jede konkrete Aktion muss sich diesem entgegenstellen, damit globale Gerechtigkeit, Frieden und Gutes Leben kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern Wirklichkeit werden.



**Berndt Hinzmann**  
arbeitet beim INKOTA-netzwerk/  
Kampagne für Saubere Kleidung –  
Clean Clothes Campaign

Argumente gegen Standardausreden sind zu finden auf der Website der Clean Clothes Campaign und des INKOTA-netzwerkes ([www.saubere-kleidung.de/living-wage-existenzlohn](http://www.saubere-kleidung.de/living-wage-existenzlohn) und [www.inkota.de/themen-kampagnen/soziale-verpflichtung-fuer-unternehmen/kampagne-fuer-saubere-kleidung/ein-lohn-zum-leben/top-10-der-ausreden/](http://www.inkota.de/themen-kampagnen/soziale-verpflichtung-fuer-unternehmen/kampagne-fuer-saubere-kleidung/ein-lohn-zum-leben/top-10-der-ausreden/))

## Materialien

### Auftrag Inklusion

Handbuch von aej, Aktion Mensch und Diakonie Deutschland soeben erschienen

**Inklusion ist noch eine Vision: Ihre Umsetzung ist ein andauernder Prozess, der unsere gesamte Gesellschaft vor große Aufgaben und Herausforderungen stellt. Bei der Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft ist von zentraler Bedeutung, inwieweit es gelingt, besonders benachteiligte Personengruppen einzubeziehen. Sie sind der Gradmesser für das Gelingen von Inklusion.**

Als Auftrag für eine neue Offenheit in der Kinder- und Jugendarbeit haben die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej), die Aktion Mensch und die Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband das Thema im Herbst 2013 auf einer bundesweiten Fachtagung in den Blick genommen und mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Praxis diskutiert. Die Ergebnisse der Tagung sind Teil der soeben erschienen Publikation „Auftrag Inklusion – Perspektiven für eine neue Offenheit in der Kinder- und Jugendarbeit“. Darüber hinaus erörtert der Band inhaltliche Grundlagen und versammelt Handlungsempfehlungen und Anregungen für die Praxis. Dabei wird neben der Herausforderung eines deutlich: Inklusion ist Auftrag und Aufgabe, Inklusion ist aber vor allem möglich und kann und muss täglich aufs Neue gewagt werden.

Die Broschüre kann bestellt werden bei Cornelia Günther, [cg@aej-online.de](mailto:cg@aej-online.de).



**Eden F. Keeper, Marten Peace und Sun-Kim-Fair sind die JUPPIES IN ACTION. Im Team sind sie stark und wollen die Welt besser machen. Wozu? Na, weil sie längst in Gefahr ist! Überall in den weltlichen Krisengebieten sieht es finster und barbarisch aus, nicht nur auf der Kinoleinwand, sondern in echt. Sie sind die edelgesinnten Weltenretter, die die Welt vor der dunklen Macht und anderen Schurken retten. Denn wohin sie auch schauen nach Norden, Osten, Süden oder Westen ist es um Frieden, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Umwelt schlecht bestellt. Sie wollen das Gleichgewicht der Kräfte zurückgewinnen. Sie machen Aktion aus eigenem Interesse, damit unser blauer Planet seine Lebensgrundlagen behält. Sie beziehen euch ein, weil alles - auch wir - in Beziehung zueinander steht. Nun brauchen Sie euch, euer Team, eure Hilfe, weil etwas Besonderes in euch steckt. Wie bereit seid ihr, die begrenzten Ressourcen unserer Erde zu schonen? Was ist hier euer Projekt und eure Aktion?**

### Der Evangelische JÜgendProjektPreis - JUPP! 2015

Unter [www.jupp-der-preis.de](http://www.jupp-der-preis.de) könnt ihr euer Projekt zu Frieden, Gerechtigkeit und Wahrung der Schöpfung bei JUPP! 2015 einreichen. Das ausgezeichnete Projekt erhält – außer der Trophäe und der öffentlichen Würdigung – ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro. **Bewerbungsschluss: 10. April 2015**

Jiiiaaa, zeigt es uns!

Eine Initiative der Evangelischen Jugend



## Neuerscheinung: „jung. Vielfältig. Engagiert.“

Wie die interkulturelle Öffnung von Kinder- und Jugend(verbands)arbeit gelingt“

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) nimmt gemeinsam mit anderen Jugendverbänden die demokratische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen wahr. Dabei hat die aej an sich selbst den Anspruch, offen zu sein für alle jungen Menschen.

Diesen Anspruch möchte sie auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund einlösen. Deshalb ist die aej im Handlungsfeld Migration und interkulturelle Öffnung seit 2008 verstärkt aktiv und engagiert sich in bundesweiten Modellprojekten. Im Jahr 2014 wurden all diese Projekte ausgewertet und das Papier „7 Statements – Wie die interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit gelingt“ veröffentlicht.

Nun ist in der edition aej die Broschüre „jung. vielfältig. engagiert. – Wie die interkulturelle Öffnung von Kinder- und Jugend(verbands)arbeit gelingt“ erschienen. Mit dieser Broschüre zieht die aej eine ausführliche Zwischenbilanz der interkulturellen Öffnung der evangelischen Kinder- und Jugend-

arbeit: Welchen Weg ist die Evangelische Jugend gegangen? Welche Modelle für eine interkulturelle Öffnung hat sie ausprobiert? Und welche Aufgaben stehen den Jugendverbänden noch bevor?

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich und kann in der aej-Geschäftsstelle, Martina Seehaus, Otto-Brenner-Straße 9, 30159 Hannover, Telefon: 0511 1215-141 oder per E-Mail: [se@aej-online.de](mailto:se@aej-online.de), bestellt werden.



## Friedensbildung und Friedenserziehung

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht drängt die Bundeswehr mit Macht in die Schulen – auf der Suche nach menschlichem Nachschub. Den Heerscharen gut ausgebildeter Jugendoffiziere, ausgerüstet mit professionell erstelltem Unterrichtsmaterial wie POL&IS, haben die meist ehrenamtlich engagierten Friedensbewegten oft nur wenig entgegenzusetzen. Schulen, die sich dieser Form zivil-militärischer Zusammenarbeit verweigern ([www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de)), werden, wie das Berliner Robert-Blum-Gymnasium, öffentlich angefeindet.



Hoffnungslos ist die Lage dennoch nicht. Dankenswerterweise hat im letzten Jahr die Ev.-Luth. Kirche Sachsens eine Materialsammlung zur Friedenserziehung herausgegeben mit Unterrichtsentwürfen, die sich sowohl an Schüler(inne)n verschiedener Altersstufen richten als auch an Jugendgruppen und Erwachsene. Den Unterrichtsmaterialien ist zunächst ein konzeptioneller Teil vorangestellt, in dem Friedenserziehung in Schule, Gemeinde und Jugendarbeit sowohl theologisch, politisch als auch methodisch reflektiert wird. Anschließend werden ausführlich Institutionen, Einrichtungen und Vereine (christlich, jüdisch, nicht-

konfessionell) vorgestellt, die im Land Sachsen friedenspolitische Angebote machen sowie potentielle Referent(inn)en aufgelistet. Weiterhin gibt es eine Liste möglicher Themenschwerpunkte und Lernorte. Das ist zunächst einmal ungeheuer praktisch! Die didaktisch aufbereiteten Lernmodule richten sich an 10-12jährige in Schule und Gemeinde (Lernmodul 1), 12-14jährige in Konfirmanden- und Jugendgruppen (Lernmodul 2), 15-20jährige in Jugendgruppen (Lernmodul 3) und Erwachsene (Lernmodul 4). Friedensethische Beiträge von Christoph Münchow (Vorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden) und Renke Brahm (Friedensbeauftragter der EKD) sowie eine Literatur- und Materialliste vervollständigen die gelungene Arbeitsmappe. Angesichts der Tatsache, dass die Bundeswehr mit Kultusministerien Rahmenverträge abschließt, um leichter Zugang in Schulen zu erhalten, ist es ein besonderes Schmankerl, dass die Mappe mit einem Geleitwort der sächsischen Kultusministerin versehen ist. Bleibt zu hoffen, dass das gute Beispiel Schule macht und weitere Landeskirchen ähnliche Angebote entwickeln. Eine Orientierungshilfe ist ja nun vorhanden.

Unter [www.friedensbildung-sachsen.de](http://www.friedensbildung-sachsen.de) wird die Mappe online vorgestellt und kann auch als pdf-Datei kostenlos heruntergeladen werden.

## aej information

Zeitschrift für die Evangelische Jugend in Deutschland

Erscheinungstermin dieser Ausgabe: Februar 2015.

Herausgeberin: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej), Otto-Brenner-Straße 9, 30159 Hannover, Telefon: 0511 1215-0

Öffentlichkeitsarbeit: 0511 1215-132/-154, Telefax: 0511 1215-299, E-Mail: [info@evangelische-jugend.de](mailto:info@evangelische-jugend.de)

ISSN 0947-8329

Bildnachweise: Titelbild: flickr: rot ist die farbe der hoffnung (links), Kleinschwarzen Altmark – Gerhard Bemm (rechts); Friedenskreis Halle e. V.; aej; Proteste für einen Lohn zum Leben vor H&M Fabrik in Kambodscha 2014, Clean Clothes Campaign/Coalition of Cambodian Apparel Workers Democratic Union (C.CAWADU) und Fertigung des „Used-Look“ in Bangladesch, Clean Clothes Campaign.

Druck und Verlag: MHD Druck und Service GmbH, Harmsstraße 6, 29320 Hermannsburg, Telefon: 05052 9125-0, Telefax: 05052 9125-22

aej information erscheint im 66. Jahrgang.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Auffassung der Herausgeberin dar.

Bezugsbedingungen: aej information erscheint viermal im Jahr.

Anzeigen: Manuela Ertel

Anzeigenpreise erhalten Sie auf Anfrage bei Manuela Ertel, Telefon: 0511 1215-154

Gedruckt auf FSC-Papier.

Diese Zeitschrift wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des BMFSFJ.



### Die aej

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) ist der Zusammenschluss der Evangelischen Jugend in Deutschland. Als Dachorganisation vertritt die aej die Interessen der Evangelischen Jugend auf Bundesebene gegenüber Bundesministerien, gesamtkirchlichen Zusammenschlüssen, Fachorganisationen und internationalen Partnern.

Ihre derzeit 33 Mitglieder sind bundeszentrale evangelische Jugendverbände und Jugendwerke, Jugendwerke evangelischer Freikirchen und die Jugendarbeit der Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Außerdem sind acht evangelische oder ökumenische Verbände, Einrichtungen oder Fachorganisationen als außerordentliche Mitglieder angeschlossen.

Die aej vertritt die Interessen von etwa 1,35 Millionen jungen Menschen. aej im Internet: [www.evangelisches-infoportal.de](http://www.evangelisches-infoportal.de) – [www.jupp-der-preis.de](http://www.jupp-der-preis.de)

### Lust auf mehr aej information?

Wenn Sie die aej information gern regelmäßig erhalten möchten und bisher nicht zu den Abonnent(inn)en zählten, senden Sie bitte eine Mail an Manuela Ertel in der aej-Geschäftsstelle ([manuela.ertel@evangelische-jugend.de](mailto:manuela.ertel@evangelische-jugend.de)). Bitte nennen Sie gleich in der Betreffzeile das Stichwort Abowunsch aej information und geben Sie neben Ihrem Namen Ihre Organisation und die Adresse an.

Übrigens: Die aej freut sich über Spenden für die aej information, die in der neuen Form kostenlos an die interessierten Leserinnen und Leser versandt wird: Spendenkonto: 264, BLZ: 520 604 10, Evangelische Kreditgenossenschaft eG Hannover, Stichwort: aej information.

Vielen Dank!

## das baugerüst 1/2015 Jugend. Glaube. Kirche.



„Wie hast Du's mit der Religion?“ Diese „Gretchenfrage“ aus Goethes Faust hat zur Zeit Konjunktur. Mitglieder christlicher Kirchen äußern sich über ihre Nähe und Distanz zur eigenen Institution, Gläubige erklären ob für sie der Kreuzestod Jesu Erlösung bedeutet oder nicht und ob sie auf ein Weiterleben nach dem Tod hoffen.

Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung beschreibt die religiöse Vielfalt als Teil unserer heutigen Lebenswirklichkeit, die Evangelische Kirche in Deutschland untersucht ihre Mitglieder und diskutiert das Ende der Volkskirche und Jugendstudien bescheinigen der jungen Generation ein Interesse an Religion aber eine Distanz zur Institution Kirche. Man ist unsicher geworden, ob, was und wie Menschen glauben.

Die Ausgabe 1/2015 nimmt die Debatte auf und fragt nach Konsequenzen für die evangelische Jugendarbeit. „Jugendliche stellen die Fragen nach Himmel und Hölle nicht nur, um einen Sachverhalt besser zu verstehen. Sie fragen, weil sie für ihre eigene Lebensführung tragfähige Antworten suchen“ schreibt, Michael Domsgen, Professor für Evangelische Religionspädagogik an der Universität Halle-Wittenberg. „Viele, insbesondere junge Menschen, vertreten die Position, Religion sei für sie nicht zwingend lebensrelevant“, sagt der Kirchen- und Religionssoziologie Professor Pickel in dem baugerüst-Gespräch. Michael Freitag analysiert das Thema Religion in Jugendstudien, Rainer Brandt beschreibt „die berechtigten Ängste der Kirche, wenn keine Jugendlichen mehr kommen“ und Ulrike Bruinings kommentiert die veränderte Religiosität Jugendlicher für die Arbeit der Evangelischen Jugend.

Das 68-seitige Heft kann bestellt werden: [www.baugeruest.ejb.de](http://www.baugeruest.ejb.de) [baugeruest@ejb.de](mailto:baugeruest@ejb.de) Redaktion baugerüst: 0911 4304278

## Bibel AnDenken 2015

### Betrachtungen zu Jahreslosung und Monatssprüchen

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendpfarrerinnen und Landesjugendpfarrer gibt die aej den Band Bibel AnDenken 2015 heraus.

Mit Andachtsentwürfen, theologischen Hintergrundinformationen und Praxismaterialien wie Liedern, Gedichten, Geschichten zu den Monatssprüchen und der Jahreslosung gibt Bibel AnDenken 2015 vielfältige Anregungen zur Gestaltung von Gruppenstunden in der Jugendarbeit, im Konfirmand(inn)enunterricht oder auf Freizeiten.

Bibel AnDenken 2015 will besonders jungen Menschen den Zugang zu biblischen Texten erleichtern und dabei vermitteln, dass die Aussagen der Bibel heute noch relevant für unser Leben sind.

Zu beziehen ist der Band über die aej-Geschäftsstelle, Otto-Brenner-Straße 9, 30159 Hannover, E-Mail: [bestellung@aej-online.de](mailto:bestellung@aej-online.de)

## BIBEL 2015 ANDENKEN



Betrachtungen zu Jahreslosung und Monatssprüchen